

Abgrund unterm Regenbogen

"Keine Angst, ich sperr Dich nicht ein!" Was Kinder mit Erzieherinnen erleben können: Unsere Recherchen zeigen systematische Probleme in der Boombranche Kita.

Von Astrid Geisler, ZEIT ONLINE, 03.05.2016

Die Eltern wundern sich. Anna* schläft so schlecht. "Anna Angst", ruft das Mädchen eines Abends. "Dunkeln zankt!" Dunkeln zankt, was soll das heißen? Ungefähr zwei Jahre ist das Kind alt. Mit den kleinen Händen macht es hektische Bewegungen, als führe es einen Löffel zum Mund. "Tanja macht immer so. Tanja zankt." Die Eltern geben nicht viel darauf. Auch nicht, als sich die Tochter selbst schlägt: "Tanja so gemacht!" Bloß nicht überbesorgt sein. Vielleicht erzählt das Kind von einem neuen Spiel mit seiner Erzieherin.

Tanja* betreut Anna seit einigen Monaten in der Kita Regenbogen. Hinter hohen Linden steht das Gründerzeithaus in einer Nebenstraße von Antweiler. Das Dorf liegt zwischen waldigen Hügeln der Eifel in einem entlegenen Winkel von Rheinland-Pfalz. Annas ältere Schwestern gingen gerne in die idyllische Dorfkita mit den rotgefassten Sprossenfenstern und dem Regenbogen über dem Eingang. Auf dem Spielplatz der früheren Volksschule können die Kinder schaukeln und klettern.

An Personal fehlt es nicht und Tanja, eine herzliche Frau Mitte vierzig, mit Temperament und Freude an Kindern, gilt als besonders erfahrene Fachkraft. Eine der Besten im Haus. Annas Eltern – Silke und Bernd Neumann* – mögen sie und vertrauen ihr. Vom dunklen Geheimnis der jüngsten Tochter ahnen sie nichts. Auch darauf, dass Anna bei Tanja in der "Mäusegruppe" Schlimmes erleben könnte, kommen die Neumanns nicht.

Boombranche Kita

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Kindertagesstätten gelten als perfekte, kleine Welten. Doch zugleich ist die Betreuung der Jüngsten in den vergangenen zehn Jahren zu einem gewaltigen Geschäft herangewachsen. Seit die damalige Familienministerin Ursula von der Leyen 2007 den Ausbau von Kitaplätzen massiv vorantrieb, boomt die Branche. Im Jahr 2006 gaben Bund, Länder und Kommunen rund zehn Milliarden Euro für Kinderbetreuung aus. 2014 war es mit fast 23 Milliarden schon mehr als doppelt so viel.

Über die Abgründe der Branche dringt wenig nach außen. Die Behörden reden nicht gern über Missstände, weil sie die Vorgaben der Politik einhalten müssen. Träger und Leitungen der Kitas äußern sich nicht, weil sie dann zugeben müssten, wie schwer es ihnen fällt, trotz des starken Ausbaus die Qualität ihrer Einrichtungen zu halten. Sogar Eltern schweigen oft, weil sie auf die Plätze angewiesen sind. Und die Bundesregierung schiebt bisher ergebnislos ein längst versprochenes Kita-Qualitätsgesetz vor sich her. Geraten Skandale schließlich doch ans Licht, verwenden die Verantwortlichen viel Energie darauf, sie kleinzureden.

"Einmal", sagt Silke Neumann, "hab ich Anna total verstört abgeholt." Als sie in der Kita nachfragte, erzählten Erzieherinnen von einem Streit um ein Glas Wasser. Wer will sich da als Helikopter-Mama lächerlich machen? Silke Neumann hat selbst beruflich mit Kindern und deren Eltern zu tun, sie unterrichtet Biologie an einem katholischen Gymnasium, ihr Mann arbeitet als Gewässerökologe. Im Nachbarort haben sie sich ein Haus neben der Burgschänke hergerichtet. Hühner picken im Garten, durchs Wohnzimmer schnurrt eine Katze. Die Neumanns werfen sich heute vor, dass sie zu spät begriffen, warum ihre Jüngste oft weinte, wenn sie in die Kita sollte.

Tanja und drei Kolleginnen aus der Kita Regenbogen sind seit Dezember vor dem Landgericht Koblenz angeklagt. Polizei und Staatsanwaltschaft haben in zwei Jahre dauernden Ermittlungen eine lange Liste an Vorwürfen zusammengetragen: Drei der Erzieherinnen sollen Anna und acht andere Kinder traktiert haben, vor allem während des Mittagessens in einem Speiseraum im Erdgeschoss, der den hübschen Namen "Sterneküche" trug. Den Kindern sei gegen ihren Willen Essen in den Mund geschoben und Flüssigkeit nachgeschüttet worden, bis sie schlucken mussten.

Parierten die Kinder nicht, sollen sie bestraft worden sein. Hände und Füße seien mit Klebeband am Stuhl fixiert, Kinder in eine dunkle Abstellkammer gesperrt, geschlagen, ihr Mund zugeklebt worden. Ein Kind habe sich übergeben und soll mit Erbrochenem in der Hand weitergefüttert worden sein.

Misshandlung und Freiheitsberaubung

Die Staatsanwaltschaft wirft den Frauen Misshandlung von Schutzbefohlenen, Freiheitsberaubung und Nötigung vor. Mitangeklagt ist auch eine Kollegin, die "trotz einer hierzu bestehenden Rechtspflicht die Misshandlung eines Kindes nicht unterbunden" habe. Laut der Staatsanwaltschaft bestreiten die vier Angeschuldigten die Taten. Der Strafverteidiger der Erzieherin Tanja will sich nicht zu dem Fall äußern.

Ein seltenes Horrorszenario in einer ansonsten heilen Kitawelt. Das ist die offizielle Lesart dessen, was sich in Antweiler zugetragen haben soll. Doch je länger man Belege für diese Hypothese vom tragischen Einzelfall sucht, desto mehr Indizien finden sich für systematische Probleme. Es gibt viele Einrichtungen, in denen Kinder vorbildlich umsorgt und gefördert werden. Aber es gibt auch andere, wo Überforderung und Lieblosigkeiten den Alltag prägen, manchmal sogar Vernachlässigung und Gewalt. Problematisch sind nicht nur Fälle wie jener in Antweiler, bei denen es zu einer ganzen Serie massiver Vorwürfe kam und die Zahl mutmaßlich betroffener Kinder groß ist. Auch subtilere, nicht strafbare Übergriffe können Kleinkinder belasten: rücksichtslose Füttermethoden ebenso wie ein gehässiger Umgangston, ausbleibender Trost oder das gezielte Bloßstellen nach dem Einnässen.

"Jeder weiß es, keiner spricht darüber. Es ist ein offenes Geheimnis", sagt Ursula Rabe-Kleberg, eine emeritierte Professorin für Bildungssoziologie an der Universität Halle. Rabe-Kleberg hat bis 2015 ein Institut für frühkindliche Pädagogik geleitet. Das Gewaltproblem werde tabuisiert, kritisiert die Wissenschaftlerin. "Unter der Hand wird in Fachkreisen längst diskutiert, dass wir eine große Untersuchung solcher Vorfälle brauchen."

Die Anzahl der betreuten Kinder (0-14 Jahre) stieg um 13,4 Prozent

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Immer mehr Kinder verbringen einen großen Teil ihrer ersten Lebensjahre in Kindertageseinrichtungen. Seit 2006 ist die Zahl der Kitaplätze in Deutschland um eine halbe Million gestiegen. 6.335 neue Einrichtungen sind entstanden, rund 170.000 zusätzliche pädagogische Mitarbeiter nahmen die Arbeit auf. Gerade in Westdeutschland waren die Ausbauquoten gigantisch. Allein in Bayern arbeiten heute 33.000 Erzieherinnen mehr als noch vor zehn Jahren. In Baden-Württemberg versechsfachte sich die Zahl der Kleinkinder unter drei Jahren, die in Kindertageseinrichtungen betreut werden. Oft müssen Eltern froh sein, wenn sie überhaupt einen Kitaplatz abbekommen, trotz Rechtsanspruch. Auch wer pädagogische Fachkräfte sucht, darf vielerorts nicht wählerisch sein. Das hat Folgen.

Leiterinnen von Kindergärten wenden sich seit einiger Zeit an Gewerkschafter und Fachjuristen. Was sie denn tun sollten, wenn problematische Erzieher im eigenen Team auffielen? Marion Hundt war überrascht, als sie die ersten Beschwerden mitbekam. Hundt lehrt Öffentliches Recht als Professorin an der Evangelischen Hochschule Berlin, sie ist eine Expertin auf dem Feld des Kitarechts. Hundt sagt, dass sie das anfangs für ein Phänomen von "fünf schwarzen Schafen" gehalten habe. Doch als sie ihre Erfahrungen während ihrer Fortbildungen für Kitaleiterinnen ansprach, seien in der Pause Führungskräfte auf sie zugekommen. "Es gibt also offensichtlich ein größeres Problem." Die These von den wenigen schwarzen Schafen hat die Juristin verworfen.

Sieben Bundesländer schaffen nicht den empfohlenen Schlüssel von max. vier Kindern* pro Betreuer (rot markiert)

Auch Norbert Hocke, Hauptvorstand der Bildungsgewerkschaft GEW, verlangt mittlerweile eine "Kultur des Hinschauens". Beim sexuellen Missbrauch habe die Gesellschaft diese Aufmerksamkeit schmerzlich entwickeln müssen, sagt Hocke. Wenn es um die Gewalt in Kitas gehe, höre er immer wieder von Einzelfällen. Fälle, die dem ähneln, was Anna in Antweiler erlebt haben soll. "Es kommt also immer wieder vor. Aber wie oft? Keiner kann das sagen."

Es gibt Kleinkind-Pädagoginnen, die hin und wieder in das Dunkelfeld hineinleuchten. Nicht gezielt, sondern unbeabsichtigt, während sie Kitas evaluieren, Erzieherteams coachen oder deren Arbeit zu Forschungszwecken begleiten. Eine

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

ehemalige Doktorandin und eine Pädagogin, die als Kitacoach arbeitet, beide aus unterschiedlichen Bundesländern, haben ZEIT ONLINE von ihren Erlebnissen erzählt. Anonym, weil sie eigentlich nicht öffentlich darüber reden sollten. "Das Problem wird einfach nur ausgeblendet", sagt die Trainerin. "Niemand will diesen Kochtopfdeckel anheben."

Die beiden Frauen haben Alltagsszenen in Dutzenden von Kitagruppen gefilmt, um die Situationen auszuwerten. Einige Sequenzen gehen ihnen seither nicht mehr aus dem Kopf. Einmal habe eine Erzieherin ein Kind über einen Mülleimer gehalten und gedroht: "Da gehörst du hin, wenn du so viel Schmutz machst." Die Frau sei keine unqualifizierte Aushilfe gewesen, sondern die Leiterin der Einrichtung.

In einer anderen Kita hätten hungrige Kleinkinder auf das Mittagessen gewartet. Es habe gedauert, bis endlich eine Schüssel auf den Tisch gekommen sei. Ein Kind habe mit der Hand danach gegriffen. Die Erzieherin habe ihm deshalb auf die Finger geschlagen, vor laufender Kamera. Die Pädagogin sagt heute, dass sie damals ein Gespräch über den Vorgang verlangt habe. Sie habe zudem gewollt, dass die Kitaleitung den Träger über den Schlag auf die Finger informiert. "Genau das passierte nicht." Die Pädagogin hat den Träger daraufhin angezeigt.

Wieder woanders fiel der Trainerin ein fieberndes Kind auf. Keine der Erzieherinnen habe sich gekümmert, das Kind habe mit auf den Spielplatz gemusst. "Mit Fieberbäckchen saß es auf einem Schaukelgerät und weinte einfach vor sich hin." Niemand habe das Kind getröstet. "Da hab ich gesagt: Kamera aus – machen Sie sofort was!" Die Pädagogin nennt den Umgang mit dem fiebernden Kind "emotionale Gewalt". Ihre Kritik hätten die Erzieherinnen aber oft gar nicht verstanden. "Denen fehlte das Gefühl für das, was ihnen passiert war." Beide Beobachterinnen fragen sich, was in solchen Einrichtungen geschieht, wenn gerade niemand filmt.

Die Politik scheint davon bislang nichts wissen zu wollen – zumindest nicht genau. Anders lässt sich nicht erklären, dass ausgerechnet über die Abgründe bei der Betreuung der Kleinsten keine verlässlichen Zahlen erhoben werden, obwohl in Deutschland so gut wie alles mit Detailliebe statistisch vermessen wird. Tatsächlich ist das Sammeln der Zahlen nicht trivial. Kinder können nicht einordnen, was mit ihnen geschieht. Manchmal lassen sie sich falsche Behauptungen in den Mund legen, die zur

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

öffentlichen Hinrichtung ausarten. Das haben die Schlagzeilen um angebliche sexuelle Gewalt an einer Mainzer Kita im vergangenen Jahr gezeigt. Andererseits akzeptieren Kinder selbst unangemessene Erziehungsmethoden, weil sie denken, die Eltern wissen, was in der Kita passiert und stehen dahinter. Oder sie sind einfach noch zu klein, um von ihren Erfahrungen zu erzählen.

Das Bundeskinderschutzgesetz sieht seit 2012 klare Regeln vor. Kitaträger müssen die zuständige Aufsichtsbehörde umgehend über "Ereignisse oder Entwicklungen" informieren, "die geeignet sind, das Wohl der Kinder und Jugendlichen zu beeinträchtigen". In Merkblättern steht, was darunter fällt. Wie häufig Kitaträger den Aufsichtsbehörden auf diesem Weg von Missständen in ihren Einrichtungen berichten, weiß jedoch niemand. Ein Kraftfahrtbundesamt, das Verkehrsverstöße nicht im Detail auflistet, wäre undenkbar. In der Kitaaufsicht ist das bisher weit verbreiteter Standard.

Nur fünf Bundesländer zählen überhaupt, was ihnen aus den Kitas gemeldet wird: Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Brandenburg und das Saarland. Sachsen-Anhalt bereitet mittlerweile eine erste Jahresbilanz vor. In allen anderen Bundesländern gibt es ein undurchdringbares Dunkelfeld.

Doch auch Länder mit Meldestatistik geben auf Nachfrage von ZEIT ONLINE zum Teil nur dürre Zahlen heraus, wenn überhaupt. Vergleichbar sind diese Werte nicht. In Rheinland-Pfalz gab es laut Landesjugendamt zuletzt etwa 90 Meldungen pro Jahr – worum es darin konkret ging, abgesehen vom Regenbogen-Kindergarten in Antweiler, dazu schweigt die Behörde. Auch das Bildungsministerium in Thüringen will keine Details über die 109 Meldungen im vergangenen Jahr nennen. Das Meldeverfahren sei zu neu, Einzeldaten der verschiedenen Kategorien deshalb "statistisch noch nicht belastbar". Brandenburgs Bildungsministerium betreibt die Statistik nach eigenen Angaben nur für interne Zwecke.

Vorbild Baden-Württemberg

Lediglich das Saarland und Baden-Württemberg haben ZEIT ONLINE detaillierte Statistiken vorgelegt. Unter den 89 Meldungen im Saarland waren 19 Beschwerden über Personalmangel der größte Faktor, gefolgt von 16 gemeldeten

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Aufsichtspflichtverletzungen. Auch fünf Fälle von "erzieherischem Fehlverhalten" registrierte das dortige Familienministerium. In Baden-Württemberg ist der "Kommunalverband für Jugend und Soziales" in Stuttgart für die Kitaaufsicht zuständig. Das Amt erreichten 2014 insgesamt 107 Meldungen, darunter 54 Fälle von "Fehlverhalten" des Kitapersonals im Umgang mit betreuten Kindern. 32 dieser Fälle seien "unzulässige Strafmaßnahmen" gegen kleine Kinder gewesen, analysiert die Aufsichtsstelle in ihrer Jahresbilanz.

Eben diese 32 Vorkommnisse aus den 8.600 baden-württembergischen Kindergärten und Krippen erinnern an den Fall aus dem Eifeldorf Antweiler. Zum gemeldeten Fehlverhalten gehörte "beispielsweise Kindern den Mund zuzukleben, Kinder durch Fachkräfte in der Gruppe bloßzustellen oder Kinder zum Essen zu zwingen", berichtet die Behörde. Zudem seien Kinder "gegen ihren Willen festgehalten beziehungsweise gepackt" worden. "In einzelnen Meldungen wurden auch 'blaue Flecke' erwähnt."

Die Stuttgarter Aufsichtsbehörde hat nach Mustern hinter solchen Übergriffen gesucht. Häufig waren die Einrichtungen mit dem Personalschlüssel "hart am Rand", sagt die zuständige Referatsleiterin Evelyn Samara. Das Personal war schlecht oder veraltet qualifiziert. Erzieher mussten Kinder plötzlich ganztags statt nur bis zum Mittagessen betreuen und waren heillos überfordert. Berufsanfänger wurden vom ersten Tag an voll eingespannt.

Wer redet, bekommt Druck

Ursula Enders von der Kölner Beratungsstelle Zartbitter untersucht Fälle sexueller Gewalt, auch an Kitas. Sie kritisiert, dass die Leitungen und Trägerorganisationen der Einrichtungen oft selbst Teil des Problems und nicht der Lösung seien – und zwar nicht nur, wenn der Verdacht von sexuellem Missbrauch im Raum stehe. Die Sanktionsmöglichkeiten der Aufsichtsbehörden seien zu schwach: "Hat eine Kitaleiterin ihre Elternschaft gut im Griff, dann hat sie ein kleines Königreich", sagt Enders. Es gibt einige solcher Königreiche im Land. Und wer hier Missstände benennt, darf nicht mit Unterstützung rechnen, sondern muss massiven Druck fürchten.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Elisabeth König* hat genau das während ihrer Ausbildung erlebt. Wenn sie von den Erlebnissen an ihrem früheren Arbeitsplatz in der katholischen Krippe Barbara Strell im oberbayerischen Kolbermoor erzählt, beschlägt noch heute ihre Stimme. Mal wurde ein Kleinkind alleine im Bettchen vergessen, während die Gruppe zum Schlittenfahren ging. Dann blieben Kinder unbeaufsichtigt auf dem Wickeltisch liegen. Eine Erzieherin redete ein schwarzes Kind mit "Schoki" an. Der Wasserkocher stand griffbereit für die Kleinen herum. So schildert es König.

Als sie die Vorfälle mit Kolleginnen beim Arbeitgeber anspricht, beginnt für die Frauen der Ärger. Der Gemeindepfarrer und der Kindergarten versuchen, die Kritik zu unterdrücken. Sie beruhigen die verunsicherten Eltern. Mütter und Väter unterzeichnen sogar einen "Haftungsausschluss". In dem handschriftlichen Papier garantieren sie: "Wir sprechen die Trägerschaft in diesem Sachverhalt von jeglicher Haftung frei."

Elisabeth König meldet die Vorfälle auch beim Jugendamt in Rosenheim. Die beschuldigten Kolleginnen bleiben dennoch im Dienst. Der Gemeindepfarrer stellt stattdessen Elisabeth König von der Arbeit frei, sie muss die Kindergartenschlüssel zurückgeben. Den Brief bringt der Pfarrer ihr persönlich nach Hause.

Dann, im Sommer 2014, wird ein Kind vor der Krippe in Kolbermoor vergessen, eine Mutter findet es zufällig. Erst jetzt greift das Jugendamt plötzlich durch. Es entbindet die Leiterin von ihren Aufgaben und entzieht der Einrichtung sogar die Betriebserlaubnis. Sigrid Kumberger, eine SPD-Lokalpolitikerin aus Kolbermoor, sagt: "Der Träger hat den guten Namen der Institution geschützt statt das Wohl der Kinder." In der Krippe sei "Vertuschung wie aus dem Lehrbuch" gelaufen.

War das so? Der damals verantwortliche Pfarrer Maurus Scheurenbrand ist zu dem Thema nicht zu sprechen. Sein Pfarrbüro verweist an die Pressestelle des Erzbischöflichen Ordinariats in München. Eine Sprecherin des Ordinariats sagt: "Wir äußern uns dazu nicht mehr." Die Kindertagesstätte werde schließlich inzwischen von einem anderen Träger verwaltet, der mit der damaligen Situation nichts zu tun habe. Pfarrer Scheurenbrand sei für die Einrichtung nicht mehr zuständig. Auch der Name der Kita wurde geändert.

Im Nebel der Bürokratie

Im Eifeldorf Antweiler ahnt die Familie Neumann irgendwann, worüber die Verwaltung längst informiert ist. Silke Neumann hat den Elternabend nicht vergessen. Nikolaustag 2013, fast kein Stuhl ist mehr frei im Obergeschoss des Gemeindehauses, als Vertreter von Kommunalverwaltung und Jugendamt den Müttern und Vätern von "Unregelmäßigkeiten" im Regenbogen-Kindergarten berichten. Was damit gemeint sein könnte, bleibt vage. Die Eltern sind ratlos. Silke Neumann bohrt nach: Unregelmäßigkeiten?

Hinter diesem Bürokratenwort sollte wohl der Verdacht verschwinden, von dem die Verwaltung seit fast drei Monaten wusste. Schon im August 2013 hatten eine Küchenhilfe und eine Erzieherin beim kommunalen Kitaträger ausgepackt. Trotzdem ließen die Beamten die beschuldigten Kolleginnen noch mehrere Monate im Dienst und die Eltern im Unklaren. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen Taten angeklagt, die sich im Herbst, weit nach der ersten Meldung der Kitamitarbeiterinnen, zugetragen haben sollen. Statt die Vorwürfe ernst zu nehmen, habe der Kitaträger auch noch Druck auf die Whistleblowerinnen ausgeübt, erzählt Silke Neumann.

"Das kann ich nicht bestätigen", sagt Bernhard Jüngling von der Verbandsgemeinde Adenau. Er war damals in der Kommunalverwaltung für das Krisenmanagement zuständig. Jüngling beschreibt den Ablauf anders: Die Verwaltung habe im August von "Vorgängen" in der Kita Regenbogen erfahren und die Eltern gleich im September über "Unregelmäßigkeiten" informiert. Der Fall habe aber erst nach Elternbeschwerden im November eine "neue Dimension" bekommen. Daraufhin habe man die Polizei eingeschaltet, drei beschuldigte Erzieherinnen freigestellt und noch einmal die Eltern informiert. Wegen der laufenden Ermittlungen habe die Verwaltung keine "Details" nennen dürfen, sagt Jüngling. Er wisse, dass das "negativ angekommen" sei. "Wir haben uns aber zu genaueren Informationen nicht in der Lage gesehen."

Der Schriftverkehr der Neumanns zur Kita Regenbogen füllt inzwischen einen Leitzordner. Im Wohnzimmer am Holztisch blättert Annas Mutter die Papiere durch. Die Erinnerung lässt leise Wut in ihr aufsteigen. Die Vorwürfe seien als "Indianerspiele" verniedlicht worden: "Es ging von Anfang an nur darum, die Sache

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

möglichst klein zu halten." Die entscheidende Frage habe die Verwaltung ihr nie gestellt: Wie geht es den Kindern?

Die Neumanns warten nun darauf, dass die Hauptverhandlung endlich beginnt. Zwar hat die zuständige sechste große Strafkammer des Landgerichts Koblenz die jüngste Tochter der Familie kürzlich als Nebenklägerin anerkannt. Doch das Gericht ist überlastet, Haftsachen müssten wegen strenger Fristen zuerst behandelt werden. Vier Monate nach der Anklage hat die Kammer noch nicht einmal offiziell über deren Zulassung entschieden, deshalb gibt es auch keinen Termin für das Verfahren.

Derweil vergessen die jüngsten Kinder aus Antweiler, was sie in der Kita Regenbogen erlebt haben. Anna hat aufgehört, ihre Puppe zu verhauen oder der Mutter im Spiel zu versichern: "Keine Angst, ich sperr dich nicht ein, ich bind dich nur fest!" Das Mädchen geht inzwischen in einen anderen Kindergarten in der Nachbarkleinstadt Blankenheim. Und Anna weint morgens nicht mehr, wenn sie in die Kita soll. Sie fühlt sich dort wohl.

**Die Namen aller Kinder, Eltern und beschuldigten Kitamitarbeiterinnen wurden geändert.*

Was macht ihr da mit unseren Kindern?

(2. Teil zu „Abgrund unterm Regenbogen“)

Kitas sollen die Jüngsten behüten. Doch mehr als 2.000 Erfahrungsberichte zeigen: Mancherorts herrschen schlimme Zustände. Bund und Länder aber schauen weg.

Von Kai Biermann, Philip Faigle, Astrid Geisler, Karsten Polke-Majewski, Tilman Steffen und Sascha Venohr, ZEIT ONLINE, 30.06.2016

Die Kitachefin kann nicht mehr. Es ist erst Mittag, aber sie geht nach Hause. Dort schreibt sie an ihre Vorgesetzten bei der Diakonie in Frankfurt: "Noch nie habe ich Kinder so wund gesehen und schreien hören, weil sie nicht gewickelt wurden." Erzieherinnen ihrer Krippe schreien Kinder an, zerren sie am Arm durch das Zimmer. Auch ihre Co-Chefin alarmiert den Träger. "Notsituation" lautet der Betreff der E-Mail. "Wir machen unseren Job sehr gerne und mit gutem Gewissen, aber die Umstände machen die Arbeit einfach untragbar." So steht es in einer Falldokumentation über Mängel in der Kita, die ZEIT ONLINE vorliegt.

Das Papier ist ein Hilferuf. Und nicht der einzige. Überall im Land sehen Kitaleiterinnen, Erzieherinnen und Eltern dramatische Missstände. Doch niemand hilft ihnen. Ob Kitaträger oder Ämter, viel zu viele schauen weg. Und im Bund boykottieren die zuständigen Ministerpräsidenten aller Parteien überfällige Mindeststandards, die Kleinkinder schützen würden.

Alle Länderchefs sind sich einig, "dass es keiner bundesweiten Standards bedarf". Ihr Beschluss, von dem niemand erfahren soll, fällt am 11. Dezember 2014 im Bundeskanzleramt. Angela Merkel hat die Ministerpräsidenten der Bundesländer in ihren Amtssitz gebeten. Die Runde geht bereits dem Ende zu, als der drittletzte Tagesordnungspunkt aufgerufen wird: Kitaqualität. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig, die monatelang für einheitliche Mindeststandards geworben hatte, ist ins Kanzleramt geeilt. Aber sie kann das Debakel nicht verhindern.

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die Kanzlerin schweigt, jedenfalls vermerkt das Protokoll keine Wortmeldung von ihr. Tagesordnungspunkt 15 wird routiniert erledigt. Auch anderthalb Jahre später kennen nur Eingeweihte den Wortlaut dieses Beschlusses, der ZEIT ONLINE vorliegt. Er gilt als nicht öffentlich. Selbst zuständige Landesminister erfahren nichts.

Mit dem, was die 16 Ministerpräsidenten an diesem Wintertag im Kanzleramt entsorgen, brechen sie ein Versprechen. Es lautete: Erst bauen wir im großen Stil neue Kindergartenplätze, dann wird deren Qualität verbessert. Aber die Länder sagen den zweiten Schritt ab.

Die Folgen dieser Politik erleben viele Kinder jeden Tag. ZEIT ONLINE hat seine Leser Anfang Mai gefragt, ob sie Missstände in ihrer Kindertagesstätte beobachtet haben. Etwa 2.000 Eltern und 260 Kita-Mitarbeiter haben geantwortet. Wissenschaftler, Behördenmitarbeiter und Berufsaussteiger berichteten aus dem Inneren der Boombranche.

Ein Reporterteam ist Dutzenden Erfahrungsberichten nachgegangen: In Hamburg sperrt eine Erzieherin einen Fünfjährigen in einen Toilettenraum, ein Kindergartenleiter ohrfeigt einen autistischen Jungen. In Heilbronn traktiert eine ältere Fachkraft ein Kind so, dass es mit Hämatomen nach Hause kommt. Im saarländischen Eppelborn schlägt eine Erzieherin einem Kind auf die Finger, weil es nicht auf ihre Anweisungen hört.

"Schieflage in der Pädagogik"

In Frankfurt schalten die Kitaleiterinnen schließlich die städtische Aufsichtsbehörde ein, weil sie das Wohl der Kinder in ihrer Krippe gefährdet sehen.

"Wir nehmen jedes Kind ernst – mit seinen Wünschen, Gefühlen und Bedürfnissen", mit diesem Versprechen wirbt das Diakonische Werk in Frankfurt für seine "Krabbelstuben". Eltern können dort schon vier Monate alte Babys ganztags unterbringen, "in einer Atmosphäre, die Offenheit und Vertrauen prägt".

Eine gekrümmte Seitenstraße, hier im Norden kann man Frankfurt für ein Dorf halten. Schmutzschlieren ziehen sich über den Putz des Mehrfamilienhauses. Drinnen verbringen gut 30 Kinder einen großen Teil ihrer ersten drei Lebensjahre. Was sie bis

Ende 2015 dort erlebten, beschäftigt seit einem halben Jahr das Stadtschulamt Frankfurt als Kita-Aufsichtsbehörde.

Die Fallsammlung, die dem Schulamt vorliegt, dokumentiert trostlose Zustände in der Kinderkrippe. Schon im Oktober 2014 alarmiert die Leitung der Krippe das Diakonische Werk: "Die Krabbelstube bietet aktuell für die Kinder leider nur eine Aufbewahrungssituation." Es folgen regelmäßige Meldungen, was alles schlecht läuft: Mitarbeiterinnen lassen Kinder im Schlafraum allein, obwohl es drinnen stockfinster ist und die Jüngsten die Tür nicht alleine öffnen können, wenn sie Angst bekommen. Erzieherinnen sprechen Kleinkinder schroff an, Windeln werden so selten gewechselt, dass Kinder wund werden und beim Wickeln vor Schmerzen weinen. "DAS ist Kindeswohlgefährdung", warnt die Leitung den evangelischen Träger, "so unprofessionelle Arbeit mit den Kindern" habe sie nie zuvor erlebt. So geht es über Monate, ohne dass sich viel ändert.

ZEIT ONLINE hat der Diakonie und dem Bildungsdezernat der Stadt Frankfurt eine Liste mit Fragen zu den beschriebenen Vorfällen geschickt. Der Leiter des Diakonischen Werks, Michael Frase, lädt daraufhin zum Gespräch. Ein nüchterner Konferenzraum im dritten Stock eines Bürogebäudes, 400 Meter vom Mainufer entfernt. Auf diesem Flur arbeitet die Abteilung Personalgewinnung der Diakonie. Wie anderen Kita-Anbietern fehlen dem evangelischen Träger talentierte Fachkräfte für seine 31 Kinderkrippen, die er seit 2003 in kurzen Abständen eröffnet hat. Mehr als 1.000 der 5.000 neuen Krippenplätze in Frankfurt hat die Diakonie geschaffen und dafür auch Kita-Mitarbeiterinnen aus Ungarn angeworben.

Michael Frase trägt Sakko und eine feine Metallbrille. Man könnte ihn für einen Betriebswirt halten, aber die Visitenkarte weist ihn als Pfarrer mit Dokortitel aus. Der Theologe spricht gereizt. Die Anfrage berühre interne Vorwürfe, deshalb könne die Diakonie sich nicht zu allen Punkten äußern. Frase verdächtigt ehemalige Angestellte, die Vorwürfe öffentlich gemacht zu haben. Und er droht: Die Diakonie prüfe rechtliche Schritte gegen sie.

Offenheit versprechen, aber die Jagd eröffnen, wenn Missstände publik werden. So läuft es immer wieder, wenn Konflikte aus Kitas nach außen dringen: Wer Mängel offenlegt, bekommt Ärger.

Der Diakoniechef verteidigt das Krisenmanagement. "In allen Fällen können wir dokumentieren, dass wir sofort gehandelt haben." Die Diakonie habe das Kinderschutzkonzept der Stadt Frankfurt "in allen Fragen der Kindeswohlgefährdung komplett angewendet".

Offenbar war die Diakonie selbst unzufrieden mit der Situation in der Krabbelstube. Von einer "Schieflage in der Pädagogik" spricht Ursula Renkewitz. Sie ist als Bereichsleiterin für 13 Krippen der Diakonie zuständig. Auf den stockfinsternen Schlafraum habe man sofort reagiert. Eine Fachberaterin habe die Einrichtung unterstützt, die damaligen Leiterinnen bekamen ein Coaching. Inzwischen hätten sie allerdings gekündigt. Unter der neuen Führung laufe die Einrichtung "stabil".

Nach dem Vorfall mit dem herumgezerrten Kind schickt die Diakonie eine förmliche Meldung wegen des Verdachts einer Kindeswohlgefährdung an die Aufsichtsbehörde. Sie schaltet sogar den Kinderschutzbund ein, das Stadtschulamt habe den Fall "vertieft geprüft". Diese Prüfung habe eindeutig ergeben, dass der Umgang mit dem Kleinkind keine Kindeswohlgefährdung war. So schildert es Ursula Renkewitz.

Im Frankfurter Kinderschutzkonzept steht unter "vertiefte Prüfung": "Zwingend erforderlich ist in jedem Fall die Information der betroffenen Eltern". Doch die Diakonie informiert die Familie nicht. Die Kita-Leitung, der Träger, die Aufsichtsbehörde und der Kinderschutzbund – alle erfahren von dem Vorfall. Nicht aber die Eltern des betroffenen Kleinkindes. Mit dem Verdacht der Kindeswohlgefährdung müsse man "sehr sensibel" umgehen, sagt Diakoniechef Frase: "Wie soll ein solcher Vorwurf wieder eingefangen werden, wenn er sich als falsch erweist?"

Der Bildungsbehörde in Frankfurt liegen seit Monaten die Hinweise zur Situation in der Krabbelstube vor. Eine Auskunft dazu lehnt das Amt jedoch ab. In einem laufenden Prüfverfahren sei das rechtlich unmöglich, behauptet eine Sprecherin.

Wer sein Kind in einem Kindergarten anmeldet, lässt sich auf ein Glücksspiel ein. Den Eltern wird vorgegaukelt, dass ihr Nachwuchs in jeder Kita bestens versorgt

ist. Und Familien wollen der Werbeprosa gerne glauben, mit der Anbieter die Wirklichkeit überblenden.

Doch in vielen Kindertagesstätten sind kleine Kinder nicht besonders gut aufgehoben. Das weiß auch die Bundesregierung. Sie hat schließlich selbst die Nubbek-Studie mitfinanziert, eine Qualitätsanalyse in 550 Kleinkind-Einrichtungen. Die Wissenschaftler bewerteten 2013 nur sechs Prozent aller Kinderkrippen als gut. In fast sieben Prozent der Krippen und 17 Prozent aller altersgemischten Kindergärten fanden sie die Qualität unzureichend.

Anschreien und niederstoßen

Die wenigsten Eltern kennen solche Studien. Sie sehen Fotos von fröhlichen Kindern mit Holzspielzeug, lesen von Waldorfpädagogik und einer warmen und familiären Atmosphäre. So wie Familie B. auf der Website einer Kita in Berlin-Kreuzberg. Raphael B. und seine Frau sind froh, dass sie für ihren Sohn Jonas* einen Platz in der kleinen Kindertagesstätte bekommen. "Wir waren erst sehr glücklich", sagt der Vater.

Ähnlich geht es Amina A.*. Sie ist 19 Jahre alt, als sie ihren Bundesfreiwilligendienst in der Kita beginnt. Amina A. findet die Räume so liebevoll eingerichtet, so warmherzig präsentiert, dass sie glaubt, einen schönen Arbeitsort für ihr Jahr als Bufdi gefunden zu haben. Sieben Monate später bricht sie ihren Dienst dort ab. Sie erträgt nicht länger, wie mit den Kindern umgegangen wird.

Amina A. sagt, sie sei oft allein gewesen in der Gruppe mit den elf kleinen Kindern, die jüngsten ein Jahr alt, die ältesten drei. Eine Kollegin sei häufig krank gewesen, die Gruppenleiterin Karin S.* habe immer wieder Vorwände gesucht, um die Gruppe für kurze oder längere Zeiträume zu verlassen. So wirkt es zumindest auf Amina A., sie fühlt sich im Stich gelassen, genauso wie die Kolleginnen in Frankfurt. Amina A. weiß nichts von dem Ministerpräsidentenbeschluss, sie ahnt nicht, dass es nicht einmal ein Kinderschutzkonzept gibt. Aber sie merkt schnell, dass es schlecht läuft in dieser Kita, die erst so kuschelig wirkte. "Karin war schnell genervt", sagt Amina A. "Sie fing auch an, auf die Kinder loszugehen." Einem kleinen Mädchen habe Karin Essen in den Mund gestopft, obwohl es offensichtlich satt gewesen sei.

Das Kind habe daraufhin würgen müssen. Die Erzieherin habe Kinder aus nichtigen Gründen angeschrien und zu Boden gestoßen. Amina A. spricht sie darauf an. Karin S. habe Fehler eingestanden, erzählt sie, sogar geweint. "Aber ich habe bald gemerkt, es wird sich nichts ändern."

Kind vergessen

Die B.s haben ihren Sohn inzwischen abgemeldet. Der Vater erinnert sich, wie es begann. Karin S. habe sie angerufen. "Es täte ihnen sehr leid, aber sie hätten unser Kind vergessen." Die Eltern sind irritiert. Was wirklich passiert ist, begreifen sie erst nach mehreren Gesprächen.

Die Kinder der Gruppe sollten sich anziehen, ein Spaziergang zum Spielplatz stand an. Draußen war es kalt, deshalb dauerte es, bis das kleine Rudel startklar war. Jonas schnalzte in der Garderobe mit der Zunge vor sich hin. Das nervte Karin S. offenbar.

Als Strafe habe sie den Jungen zurück in den Gruppenraum gebracht und die Tür geschlossen. So rekonstruieren die Eltern das Geschehen. Auf dem Spielplatz bemerkte eine Kollegin: Ein Kind fehlt. Da sei Karin S. zur Kita zurückgerannt. Mindestens 15 bis 20 Minuten blieb Jonas demnach allein in dem Gruppenraum, saß dort heulend am Tisch.

Geschäftsführer der kleinen Kita ist der Mann der Leiterin. Er bestreitet einen Teil der Vorwürfe. Jonas sei nicht im Gruppenraum, sondern in der Garderobe vergessen worden und höchstens zehn Minuten allein gewesen. Man habe die Eltern sofort informiert, für den Vater sei die Sache "ausdrücklich erledigt" gewesen. Die Kitaleitung wisse nichts von Vorwürfen, dass Kindern Essen in den Mund gestopft worden sei oder dass Karin S. sie zu Boden gestoßen habe. Raphael B. hingegen sagt, Karin S. habe in einem Gespräch zwischen ihnen, der Erzieherin und der Kitaleitung eingestanden, dass sie die Kinder zu grob anfasse und Besserung gelobt.

So läuft es meistens. Vorwürfe werden erhoben und abgestritten, niemand hat Beweise, und die Kinder selbst können sich nicht klar genug äußern. Viele Eltern scheuen Konfrontationen mit der Kitaleitung und den Aufsichtsbehörden. Sie fürchten,

dass ihre Kinder noch mehr leiden, wenn die Eltern als Querulanten gelten. Lieber suchen sie sich still eine neue Kita.

Meldepflicht

Dabei müssen die Eltern die Behörde gar nicht selbst einschalten. Die Träger der Kitas sind verpflichtet, gravierende Zwischenfälle von sich aus zu melden – zum Beispiel wenn Kinder vergessen werden. Der Kreuzberger Kitageschäftsführer drückt sich an diesem Punkt unklar aus. Mal schreibt er, mit den Vorwürfen konfrontiert, er habe die Berliner Kitaaufsicht wegen des vergessenen Jungens "per Mail kontaktiert". An anderer Stelle jedoch gibt er zu, es habe keine konkrete Meldung gegeben, sie sei seiner Ansicht nach nicht erforderlich gewesen, "da das Versehen mit den Betroffenen vollständig geklärt werden konnte".

Doch nach dem Bundeskinderschutzgesetz ist es egal, ob sich die Eltern beschweren oder ob irgendetwas mit ihnen "geklärt werden konnte". Die Kitas sind in der Pflicht. Auf die Frage, ob dieser Fall meldepflichtig war, antwortet die Berliner Kitaaufsicht knapp: "Ja." Es seien jedoch keine Hinweise auf "kinderwohlgefährdende Situationen" eingegangen, schreibt der Sprecher der Senatsverwaltung für Bildung.

So schieben sie die Verantwortung hin und her. Kita-Mitarbeiter, Träger und Behörden – jeder sieht die Schuld für Missstände beim jeweils anderen.

Hinter den vielen kleinen Konflikten verbirgt sich ein großes Strukturproblem. Seit Ursula von der Leyen als Bundesfamilienministerin den Kita-Ausbau anstieß, boomt die Branche: 2014 gaben Bund, Länder und Kommunen fast 23 Milliarden Euro für Kitas aus – mehr als doppelt so viel Geld wie acht Jahre zuvor. 6.335 neue Kindertagesstätten entstanden, rund 170.000 zusätzliche Mitarbeiter nahmen die Arbeit auf.

Doch die Wachstumsbranche wird zu wenig gelenkt und kontrolliert. Jedes Bundesland legt seine eigenen Regeln fest: Der Personalschlüssel für eine Kita-Gruppe in Rostock lässt sich nicht mit dem in Rosenheim vergleichen, der Ausbildungsstand der Mitarbeiter variiert von einem Land zum nächsten. Überall wachen andere Aufsichtsbehörden über die Kindertagesstätten, einige von ihnen

führen Beschwerdestatistiken, andere nicht. Deshalb weiß niemand, wie oft es Kita-Kindern so ergeht wie Jonas B. in Berlin-Kreuzberg.

"Die Politik schaut weg", sagt Ilse Wehrmann. Sie war jahrzehntelang Vorstandsmitglied der Bundesvereinigung Evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder. Heute arbeitet sie als Sachverständige für Frühpädagogik und sitzt im Expertenteam des Zukunftsdialogs der Bundeskanzlerin. "Man hat dort das Gefühl, seit der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz erfüllt ist, ist alles paletti – aber nichts ist paletti."

Nötig sei ein Kindergarten-TÜV, der nicht nur die Breite von Türen und die Quadratmeter des Außengeländes misst, sondern auf die Art der pädagogischen Arbeit achtet. "Das muss ein Cheftema in der Bundesregierung werden." Auch die Autoren der Nubbek-Studie forderten schon vor drei Jahren eine unabhängige, bundesweite Qualitätskontrolle und genauso große Investitionen in die Qualität, wie sie bisher in den flächendeckenden Ausbau der Kitaplätze gesteckt wurden.

Ein Bundesgesetz zur Kita-Qualität könnte einheitliche Mindeststandards für den Personalschlüssel und die pädagogische Arbeit mit den Kindern festlegen. Es würde die entscheidende Frage verbindlich beantworten: Wie muss eine Kita aufgestellt sein, damit sie wenigstens die Grundbedürfnisse eines Kindes befriedigt?

Doch die Politik streitet um Geld und Macht. Denn bessere Standards kosten Milliarden. Nach Berechnung der Bertelsmann-Stiftung wären zusätzliche 4,8 Milliarden Euro nötig, wollte man die Kitas angemessen mit Personal ausstatten. Die Bundesländer fürchten diese immensen Kosten, sie verlangen Geld vom Bund. Ihre Hoheit über dieses Aufgabenfeld wollen sie aber behalten. Bundesfamilienministerin Schwesig wiederum wünscht sich einheitliche Standards. Dann erst könne es Geld vom Bund geben.

Seit dem einstimmigen Länderboykott im Kanzleramt ruht das Projekt. Zwar soll eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe im Herbst noch einen Zwischenbericht vorlegen. Doch dann ist die Legislaturperiode schon fast vorbei.

Notbetrieb mit Leiharbeitern

ReporterFORUM

www.reporter-forum.de

Die Folgen dieses politischen Patts spüren auch die Franckeschen Stiftungen in Halle. Ihr Kita-Neubau liegt mitten in einer historischen Schulstadt, ein hügeliger Garten mit Apfel- und Walnussbäumen lädt ein zum Toben, Klettern und Schaukeln. Die Stiftungen sind eine pädagogische Instanz mit 300 Jahre alter Tradition. Sie betreiben Kindergärten und ein Familienzentrum, auf ihrem Gelände hat das Institut für Pädagogik der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg seinen Sitz, auch das Deutsche Jugendinstitut ist vertreten. Die Stiftung arbeitet mit dem Anspruch, in ihrem "lebendigen kulturellen Bildungskosmos" pädagogische Maßstäbe zu setzen.

Sieben Bundesländer schaffen nicht den empfohlenen Schlüssel von max. vier Kindern* pro Betreuer (rot markiert)

Acht Monate nach dem Ministerpräsidentenbeschluss legen Eltern einer der Francke-Kitas in Halle ein Protokoll an. Es zeichnet nach, in welchem Ausnahmezustand die Mütter und Väter ihre Kleinkinder dort immer wieder zurücklassen.

Ein Montagmorgen im August 2015, 9:30 Uhr, eine Aushilfe ohne Erzieherabschluss versorgt alleine 17 Mädchen und Jungen der Krippengruppe, während eine Auszubildende auf dem Flur einem Kleinkind hinterhereilt. Zwei Wochen später, 8:45 Uhr: Eine Springerin kümmert sich auf dem Spielplatz alleine um 18 Krippenkinder, einige schreien seit Minuten, die Kollegin wechselt drinnen Bettwäsche. Wieder zwei Wochen später, 9:20 Uhr: Eine Fachkraft betreut alleine 20 Krippenkinder, die Aushilfe wickelt im benachbarten Bad.

Das Personal reicht zuweilen nur für einen Notbetrieb. Aushilfen von Zeitarbeitsfirmen bleiben mit Gruppen allein.

Im Sommer 2015 bezweifeln Elternvertreter schließlich, dass ihre Kita überhaupt noch die Aufsichtspflicht erfüllt. Denn keine Erzieherin kann zehn Kleinkinder oder mehr gleichzeitig herumtragen, an der Hand führen, auf den Schoß nehmen, füttern, umziehen, trösten. Sie schalten das Jugendamt ein. Die Behörde rügt, dass Aushilfen alleine auf Kita-Gruppen aufpassten, kommt aber zum Ergebnis: Die Aufsichtspflicht sei nicht verletzt worden, solche Ausnahmezustände seien letztlich alltäglich. "Aufgrund des knapp bemessenen Personalschlüssels kann es, nach unserer

Einschätzung, in jedem Kita-Team zu ähnlichen Krisensituationen kommen". Eine Bankrotterklärung mit Behördenstempel.

Wenn die Rahmenbedingungen schlecht sind, können die Anbieter an ihren Ansprüchen nur scheitern. Und Sachsen-Anhalt begnügt sich mit besonders schlechten Kita-Standards: Ein zu niedriger Personalschlüssel, dazu ein zunehmender Fachkräftemangel – sie stünden vor schwer lösbaren Problemen, bedauern die Franckeschen Stiftungen in einer ausführlichen Stellungnahme für ZEIT ONLINE. Man sehe selbst "dringenden Handlungsbedarf".

Das Problem mit dem Personalschlüssel ist nicht nur, dass er zu gering ist, sondern auch, dass er de facto noch weiter unterschritten werden kann: Die Zahl der Erzieher in einer Kita muss nicht jeden Tag den gesetzlichen Vorgaben entsprechen oder wenigstens jede Woche, sondern nur im Jahresdurchschnitt. Fehlzeiten wegen Urlaub, Krankheit oder Fortbildungen werden in die Rechnung nicht einbezogen. Darauf beruft sich auch das Jugendamt der Stadt Halle. Es schreibt: Der gesetzliche Schlüssel könne durchaus von der "erlebten Betreuungssituation" abweichen.

Erzieherinnen aus mehreren Bundesländern haben ZEIT ONLINE ähnliche Erfahrungen mit extremer Personalnot geschildert. Einige haben ihren Beruf aufgegeben, weil sie es nicht mehr ertrugen, Kita-Kinder stundenlang "durchweinen" zu lassen. Auf strengere Qualitätsstandards wollten sie nicht mehr warten.

Aber was zählt für Kinder, wenn nicht das, was sie sehen und spüren – also die "erlebte Betreuungssituation"? Wenn Kinder schlecht versorgt sind, erleben sie traurige Tage. Die Kinder haben keine Wahl; und dem Gesetzgeber genügt es, wenn sie aufs Jahr gerechnet irgendwann getröstet werden.

**Name geändert*